

Haushaltsrede 2019

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Gäste,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

so langsam hat es Tradition immer mal wieder alte Haushaltsreden zu zitieren. Heute möchte ich einen Satz aus unserer Rede des Jahres 2018 zitieren. Zum Abschluss heißt es wörtlich: „Mit dem vorliegenden Haushalt finden Sie bei den Pionier*innen von Grünen und Linken keine Zustimmung. Aber im nächsten Jahr gibt es ja wieder eine neue Chance.“

JA, wir werden dieses Jahr dem aktuellen Haushalt 2019 zustimmen.

Die Verwaltung hat bei Aufbereitung, Erklärungen und Änderungen gute Arbeit geleistet und unsere Wünsche, Ideen und Kritik aufgegriffen und eingearbeitet. Großes Lob an dieser Stelle dem Fachdienst Finanzen.

Alle Parteien haben unsere Anträge konstruktiv diskutiert. Heute geht es um den Haushalt 2019. Zum Bereich Kita gibt es gesetzliche Vorgaben. Darüber brauchen wir hier nicht zu sprechen. Im Bereich Baumaßnahmen beziehen sich die Maßnahmen auf mehrere Jahre. Das „läuft“. Aber:

Der Klima- und Naturschutz treibt uns Grüne und Linken um. Die Erderhitzung erfordert sofort wirksame Maßnahmen zur Eindämmung und zur Anpassung von Mensch und Natur.

Heute steht in der HAZ:

„Deutschland kommt beim Klimaschutz nicht so schnell voran wie geplant und verpasst aller Voraussicht nach seine Klimaziele für 2020. Wie aus dem Klimaschutzbericht 2018 hervorgeht, wird Deutschland im Jahr 2020 voraussichtlich rund 32 Prozent weniger Treibhausgase ausstoßen als 1990 – das Ziel ist aber eine Verminderung von 40 Prozent.“ Deutschland drohen Strafzahlungen in Mrd-Höhe. In der Region brauchen wir 10 mal mehr Erneuerbare Energie und 100 Prozent mehr Photovoltaik, damit wir das Pariser Klimaschutzabkommen erfüllen.

Dazu unsere Anträge:

Wir Grüne/Linken haben erneut Lastenräder für Neustadt beantragt, die sich Bürger*innen ausleihen können. Leider wurden diese wiederholt abgelehnt. Dies bedauern wir sehr. Wir verstehen sie als einen Einstieg in die Verkehrswende. Mit Lastenrädern als eBikers kann man die Einkaufsfahrten oder die Fahrten zum Recyclinghof erledigen und die weiten Strecken in die oder aus den Dörfern bewältigen.

Schade, dass die kommunalen Regierungsparteien hier keine Weitsicht haben.

2 andere Anträge der Grünen/Linken wurden in den Haushalt aufgenommen. Neustadt tut damit mehr für das Klima und für den Natur- und Artenschutz. 15.000 Euro werden zur Verfügung gestellt, um artenreiche Wiesen herzustellen. Hier sollen insbesondere verschiedene Blühpflanzen und infolge Insekten ihre Heimat finden. Wir erinnern: Neustadt gehört dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ an. Das ist ein Beitrag dazu.

100.000 Euro gibt es für die Investition in Klimafreundliche Baumaßnahmen. Wenn die Stadt zum Beispiel bei einer Maßnahme besonders viel CO2 einsparen kann, dann kann das Geld für diese Maßnahme aus den bereitgestellten 100.000 Euro genommen werden. Ein tolles Aushängeschild für Neustadt. Und ein Beitrag in Richtung 100% Klimaneutralität bis 2050.

Im Stellenplan spiegelt sich der Wille zum Klimaschutz auch nicht wieder.

Wir konnten der Presse entnehmen, dass Herr Schulz, unser Klimaschutzmanager gekündigt hat und die Verwaltung verlässt. Der Normalfall wäre also: Eine Personalie fällt unerwartet aus und wir versuchen diese nach zu besetzen. Nicht aber so CDU und SPD. Diese stellen fest, im Bereich Hochbau gibt es viel zu tun, und Herr Homeier könnte dort Personal gebrauchen. Dagegen ist nichts einzuwenden. Wir glauben auch, dass dort weiteres Personal gut aufgehoben ist. Weil man sich als große Koalition aber überlegt hat, am Personalkörper der Verwaltung zu sparen, wird einfach die Stelle des Klimaschutzmanagements aus dem Personalplan gestrichen. Für dieses Geld kann man ja nun eine Bauingenieur*in oder eine Person mit ähnlicher Qualifikation einstellen. Dies geschieht ohne weitere Diskussion.

Wenn Sie keine Klimaschutzmanager*in mehr wollen, dann sagen Sie es doch bitte öffentlich. Aber diese Stelle einfach zu streichen mit der Begründung „Bauen hat auch etwas mit Klimaschutz zu tun“, das ist an dieser Stelle eine Verhöhnung.

SPD und CDU spielen Roulette mit den Arbeitsplätzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. Dies ist nicht akzeptabel und wird deshalb von uns abgelehnt.

Ohne Begründung wurde so auch eine Teilzeitstelle im Bürgermeisterreferat gestrichen. Welche Arbeit dafür wegfallen soll, haben sich die großen Parteien scheinbar noch nicht überlegt. Dieses Vorgehen zeigt eindeutig, dass es den beiden Parteien an einem Konzept fehlt. Sie wollen Personalkosten sparen und streichen einfach die Stellen, die grad offen sind.

Wir glauben, dass gute Arbeit genügend Personal benötigt. Wenn Personal reduziert werden soll, müssen Aufgaben wegfallen oder digitalisiert werden. Wenn dies nicht geschieht und der Personalkörper immer dünner wird, geht dies zu Lasten der Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverwaltung. Wir Grünen und Linken machen das nicht mit, meine Damen und Herren, und lehnen den Stellenplan, so wie er vorgesehen ist, ab.

Ute Lamla und Dominic Herbst, 07.02.19